



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 16. Dezember 2011
(OR. en)

SN 4747/11

LIMITE

Betr.: ENTWURF EINES INTERNATIONALEN ÜBEREINKOMMENS ÜBER EINE
VERSTÄRKTE WIRTSCHAFTSUNION

DIE VERTRAGSPARTEIEN

IN DEM BEWUSSTSEIN der Verpflichtung der Vertragsparteien als Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse zu betrachten,

IN DEM WUNSCH, die Voraussetzungen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union zu verbessern und zu diesem Zwecke eine immer engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Euro-Währungsgebiet zu fördern,

EINGEDENK DESSEN, dass die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Vertragsparteien als Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf dem Ziel einer gesunden und nachhaltigen öffentlichen Finanzlage als Mittel zur Verbesserung der Voraussetzungen für Preisstabilität und ein solides dauerhaftes Wachstum, das auf einem stabilen Finanzsystem fußt, beruht, was zur Verwirklichung der Ziele der Union für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung beiträgt,

EINGEDENK DESSEN, dass es von zentraler Bedeutung ist, dass die Regierungen das Entstehen eines übermäßigen Defizits verhindern, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu gewährleisten, und dementsprechend die Einführung spezifischer Vorschriften erforderlich ist, einschließlich der Notwendigkeit, die erforderlichen Korrekturmaßnahmen zu ergreifen,

IN DEM BEWUSSTSEIN, dass sichergestellt werden muss, dass ihre Defizite unter 3 % ihres Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen bleiben und dass der gesamtstaatliche Schuldenstand unter 60 % ihres Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen liegt oder sich in ausreichendem Maße auf diesen Wert hin verringert,

UNTER HINWEIS DARAUF, dass die Vertragsparteien als Mitgliedstaaten der Europäischen Union alle Maßnahmen zu unterlassen haben, die die Verwirklichung der Ziele der Union im Rahmen der Wirtschaftsunion gefährden könnten, insbesondere die Praxis, Schulden nicht im gesamtstaatlichen Haushalt auszuweisen,

EINGEDENK DESSEN, dass sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets am 9. Dezember 2011 auf eine verstärkte Architektur für die Wirtschafts- und Währungsunion verständigt haben, die auf den Europäischen Verträgen aufbaut und die Durchführung von Maßnahmen erleichtert, die auf der Grundlage der Artikel 121, 126 und 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ergriffen werden,

EINGEDENK DESSEN, dass es das Ziel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union bleibt, die Bestimmungen dieser Übereinkunft so bald wie möglich in die die Europäische Union begründenden Verträge aufzunehmen,

IN KENNTNISNAHME der Absicht der Europäischen Kommission in diesem Zusammenhang, weitere Legislativvorschläge im Rahmen der Verträge der Union vorzulegen, die Folgendes beinhalten: einen Mechanismus, wonach über Pläne der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Begebung von Staatschuldtiteln vorab Bericht zu erstatten ist, ein Verfahren für Wirtschaftspartnerschaftsprogramme, in denen im Einzelnen die Strukturreformen für die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, die Gegenstand eines Defizitverfahrens sind, beschrieben sind, sowie ein neues Verfahren zur Koordinierung wichtiger Pläne für wirtschaftspolitische Reformen auf Ebene des Euro-Währungsgebiets,

IN DER FESTSTELLUNG, dass die Europäische Kommission bei der Überprüfung und Überwachung der haushaltspolitischen Verpflichtungen aufgrund dieses Übereinkommens im Rahmen der Befugnisse handeln wird, die ihr durch den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 121, 126 und 136, zugewiesen sind,

insbesondere IN DER FESTSTELLUNG, dass diese Überwachung, was die Anwendung der in Artikel 3 dieses Übereinkommens beschriebenen Regel des ausgeglichenen Haushalts anbelangt, gegebenenfalls durch die Festlegung länderspezifischer Referenzwerte und Konvergenzzeitpläne für die einzelnen Vertragsparteien erfolgen wird,

UNTER HINWEIS DARAUF, dass die Einhaltung der Verpflichtung, die Regel des ausgeglichenen Haushalts in die einzelstaatlichen Rechtssysteme auf Verfassungsebene oder gleichwertiger Ebene umzusetzen, gemäß Artikel 273 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union unterliegen sollte,

UNTER HINWEIS darauf, dass für Vertragsparteien des Euro-Währungsgebiets, deren geplantes oder tatsächliches öffentliches Defizit zum Bruttoinlandsprodukt 3 % überschreitet, die Festlegung von Maßnahmen im Rahmen des Defizitverfahrens der Europäischen Union erleichtert werden muss, während gleichzeitig dem Ziel dieses Verfahrens, nämlich die betreffenden Mitgliedstaaten zu ermutigen und erforderlichenfalls zu zwingen, ein möglicherweise feststellbares Defizit zu verringern, deutlich mehr Gewicht verliehen werden muss,

UNTER HINWEIS darauf, dass diejenigen Vertragsparteien, deren öffentlicher Schuldenstand über dem Referenzwert von 60 % liegt, diesen um jährlich durchschnittlich ein Zwanzigstel als Richtwert verringern müssen,

UNTER HINWEIS auf die Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets vom 26. Oktober 2011 zur Verbesserung der Steuerungsstrukturen des Euro-Währungsgebiets, wonach unter anderem jedes Jahr mindestens zwei Euro-Gipfel stattfinden sollen, und auf die Billigung des Euro-Plus-Pakts durch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union am 25. März 2011,

UNTER BETONUNG der Wichtigkeit des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus als eines Elements einer globalen Strategie zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion –

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

TITEL I

ZWECK UND ANWENDUNGSBEREICH

Artikel 1

1. Mit diesem Übereinkommen vereinbaren die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, ihre Haushaltsdisziplin zu verbessern und ihre wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung zu verstärken.
2. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten für die Vertragsparteien, deren Währung der Euro ist. Unter den in Artikel 14 genannten Voraussetzungen können sie auch für die anderen Vertragsparteien gelten.

KOHÄRENZ MIT DEM UNIONSRECHT UND VERHÄLTNIS ZUM UNIONSRECHT

Artikel 2

1. Dieses Übereinkommen wird von den Vertragsparteien in Übereinstimmung mit den die Europäische Union begründenden Verträgen, insbesondere mit Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union, und mit dem Unionsrecht angewendet.
2. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten insoweit, wie sie mit den die Europäische Union begründenden Verträgen und mit dem Unionsrecht vereinbar sind. Sie lassen die Zuständigkeiten der Union bezüglich des Handelns auf dem Gebiet der Wirtschaftsunion unberührt. Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union hat das Recht der Europäischen Union Vorrang vor den Bestimmungen dieses Übereinkommens.

TITEL III

HAUSHALTSDISZIPLIN

Artikel 3

1. Die Vertragsparteien wenden zusätzlich zu den sich aus dem Unionsrecht ergebenden Verpflichtungen und unbeschadet dieser Verpflichtungen die folgenden Vorschriften an:
 - a) Die staatlichen Haushalte müssen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein oder einen Überschuss aufweisen. Die Mitgliedstaaten dürfen Defizite nur vorübergehend in Kauf nehmen, um konjunkturelle Auswirkungen auf ihren Haushalt aufzufangen und darüber hinaus im Fall von außergewöhnlichen wirtschaftlichen Umständen oder in Zeiten eines schwerwiegenden Konjunkturabschwungs, sofern dadurch die Tragfähigkeit des Haushalts mittelfristig nicht beeinträchtigt wird.
 - b) Die Vorschrift nach Buchstabe a gilt als erfüllt, wenn das jährliche strukturelle Defizit des Gesamtstaats einen länderspezifischen Referenzwert nicht übersteigt, der eine angemessene Sicherheitsmarge in Bezug auf den Referenzwert von 3 % nach Artikel 1 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem AEUV beigefügten Protokoll (Nr. 12) über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im (im Folgenden "Protokoll Nr. 12") sowie rasche Fortschritte im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit gewährleistet, wobei auch den Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf den Haushalt Rechnung getragen wird. Die Vertragsparteien sorgen für eine Annäherung an ihren jeweiligen länderspezifischen Referenzwert. In der Regel darf der länderspezifische Referenzwert 0,5 % des nominellen BIP nicht übersteigen.
 - c) Liegt der Schuldenstand deutlich unter dem in Artikel 1 des Protokolls Nr. 12 genannten Referenzwert von 60 %, so kann der länderspezifische Referenzwert für das jährliche strukturelle Nettodefizit über dem unter Buchstabe b genannten Wert liegen.

2. Die Vorschriften nach Absatz 1 werden – auf Verfassungsebene oder vergleichbarer Ebene – in verbindliche Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten aufgenommen. Die Vertragsparteien führen insbesondere einen Korrekturmechanismus ein, der im Fall erheblicher Abweichungen vom Referenzwert oder von dem zu ihm hinführenden Anpassungspfad automatisch ausgelöst wird. Dieser Mechanismus wird unter Zugrundelegung gemeinsam vereinbarter Grundsätze auf einzelstaatlicher Ebene festgelegt. Er schließt die Verpflichtung der Vertragsparteien ein, ein Programm zur innerhalb eines festgelegten Zeitraums vorzunehmenden Korrektur der Abweichungen vorzulegen. Er achtet uneingeschränkt die Zuständigkeiten der nationalen Parlamente.

3. Für die Zwecke dieses Artikels gelten die in Artikel 2 des Protokolls Nr. 12 niedergelegten Begriffsbestimmungen. Darüber hinaus bezeichnet der Ausdruck

- "jährliches strukturelles Defizit des Gesamtstaats" das jährliche konjunkturbereinigte Defizit ohne Anrechnung einmaliger und befristeter Maßnahmen;
- "außergewöhnliche wirtschaftliche Umstände" ein außergewöhnliches Ereignis, das sich der Kontrolle der betreffenden Vertragspartei entzieht und die Lage der öffentlichen Finanzen erheblich beeinträchtigt.

Artikel 4

Übersteigt das Verhältnis zwischen ihrem öffentlichen Schuldenstand und dem Bruttoinlandsprodukt den in Artikel 1 des Protokolls Nr. 12 genannten Referenzwert von 60 %, so verpflichten sich die Vertragsparteien, es um durchschnittlich ein Zwanzigstel pro Jahr als Richtwert zu verringern.

Artikel 5

Die Vertragsparteien, die einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gemäß den Verträgen der Union unterzogen werden, legen ein verbindliches Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm auf, in dem im Einzelnen die notwendigen Strukturreformen beschrieben sind, mit denen sie eine wirklich dauerhafte Korrektur ihres übermäßigen Defizits erreichen wollen. Diese Programme werden der Europäischen Kommission und dem Rat vorgelegt.

Artikel 6

Die Vertragsparteien verbessern die Berichterstattung über die Begebung ihrer Staatsschuldtitel. Zu diesem Zweck erstatten sie der Europäischen Kommission und dem Rat über die geplante Begebung von Staatsschuldtiteln vorab Bericht.

Artikel 7

Unter uneingeschränkter Wahrung der Verfahrensvorschriften der Unionsverträge verpflichten sich die Vertragsparteien, deren Währung der Euro ist, Vorschläge oder Empfehlungen der Europäischen Kommission zu unterstützen, in denen diese feststellt, dass ein Mitgliedstaat, dessen Währung der Euro ist, im Rahmen eines Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit die 3-%-Schwelle überschritten hat, es sei denn, eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, vertritt eine andere Auffassung. Eine qualifizierte Mehrheit wird analog zu Artikel 238 Absatz 3 Buchstabe a AEUV und Artikel 3 des den Verträgen der Union beigefügten Protokolls Nr. 36 über die Übergangsbestimmungen festgelegt, ohne dass dem Standpunkt der betroffenen Vertragspartei Rechnung getragen wird.

Artikel 8

Ist eine Vertragspartei der Auffassung, dass eine andere Vertragspartei gegen Artikel 3 Absatz 2 verstoßen hat, so kann sie den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen. Das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union ist für die Verfahrensbeteiligten verbindlich, die innerhalb der vom Gerichtshof festgelegten Frist die erforderlichen Maßnahmen treffen müssen, um dem Urteil nachzukommen. Die Durchführung der Vorschriften, die die Vertragsparteien eingeführt haben, um Artikel 3 Absatz 2 nachzukommen, unterliegt der Überprüfung durch die nationalen Gerichte der Vertragsparteien.

TITEL IV

WIRTSCHAFTLICHE KONVERGENZ

Artikel 9

Unbeschadet der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Sinne des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verpflichten sich die Vertragsparteien, gemeinsam auf eine Wirtschaftspolitik hinzuarbeiten, die das Wachstum durch eine Stärkung der Konvergenz und der Wettbewerbsfähigkeit fördert und das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion verbessert. Zu diesem Zweck treffen sie alle erforderlichen Maßnahmen, auch im Wege des Euro-Plus-Pakts.

Artikel 10

Unter uneingeschränkter Wahrung der Verfahrensvorschriften der Unionsverträge verpflichten sich die Vertragsparteien, bei Fragen, die für ein reibungsloses Funktionieren des Euro-Währungsgebiets entscheidend sind, auf die Verstärkte Zusammenarbeit zurückzugreifen, wenn dies zweckmäßig und notwendig ist, ohne jedoch den Binnenmarkt zu beeinträchtigen.

Artikel 11

Um Benchmarks für vorbildliche Vorgehensweisen festzulegen, stellen die Vertragsparteien sicher, dass alle wichtigen wirtschaftspolitischen Reformen, die sie planen, zwischen ihnen erörtert und abgestimmt werden. In diese Abstimmung werden die Organe der Europäischen Union dem Unionsrecht entsprechend einbezogen.

Artikel 12

Vertreter der in den Parlamenten der Vertragsparteien für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Ausschüsse werden aufgefordert, regelmäßig zusammenzutreten, um insbesondere in enger Zusammenarbeit mit Vertretern des zuständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments die Durchführung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik zu erörtern.

TITEL V

TAGUNGEN DES EURO-GIPFELS

Artikel 13

1. Die Staats- und Regierungschefs der Vertragsparteien, deren Währung der Euro ist (im Folgenden "Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets") und der Präsident der Europäischen Kommission treten informell zu Tagungen des Euro-Gipfels zusammen. Der Präsident der Europäischen Zentralbank wird zur Teilnahme an diesen Tagungen eingeladen. Der Präsident des Euro-Gipfels wird von den Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets mit einfacher Mehrheit zu dem gleichen Zeitpunkt ernannt, zu dem der Europäische Rat seinen Präsidenten wählt; die Amtszeit entspricht der des Präsidenten des Europäischen Rates.

2. Die Tagungen des Euro-Gipfels werden bei Bedarf – mindestens jedoch zweimal im Jahr – einberufen, um Fragen im Zusammenhang mit der spezifischen Verantwortung, die die betreffenden Mitgliedstaaten im Hinblick auf die einheitliche Währung teilen, weitere die Steuerung des Euro-Währungsgebiets betreffende Fragen und die dafür geltenden Vorschriften sowie insbesondere strategische Orientierungen für die Steuerung der Wirtschaftspolitik und für mehr Wettbewerbsfähigkeit und größere Konvergenz im Euro-Währungsgebiet zu erörtern.

3. Die Tagungen des Euro-Gipfels werden vom Präsidenten des Euro-Gipfels in enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission und von der Euro-Gruppe vorbereitet. Die Nachbereitung der Tagungen erfolgt auf dieselbe Weise.

4. Der Präsident des Euro-Gipfels hält die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Vorbereitungen und die Ergebnisse der Tagungen des Euro-Gipfels auf dem Laufenden. Er unterrichtet auch das Europäische Parlament über die Ergebnisse der Tagungen des Euro-Gipfels.

TITEL VI

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 14

1. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung durch die Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union hinterlegt.

2. Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der neunten Ratifikationsurkunde durch eine Vertragspartei, deren Währung der Euro ist, folgt.

3. Dieses Übereinkommen gilt ab dem Tag des Inkrafttretens zwischen den Vertragsparteien, deren Währung der Euro ist und die es ratifiziert haben. Es gilt für die anderen Vertragsparteien, deren Währung der Euro ist, ab dem ersten Tag des auf die Hinterlegung ihrer jeweiligen Ratifikationsurkunde folgenden Monats.

4. Abweichend von Absatz 3 gilt Titel V dieses Übereinkommens für alle Vertragsparteien, deren Währung der Euro ist, ab dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens.

5. Dieses Übereinkommen findet auf die Vertragsparteien, für die eine Ausnahmeregelung im Sinne von Artikel 139 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder eine Freistellung im Sinne des den Unionsverträgen beigefügten Protokolls Nr. 16 über einige Bestimmungen betreffend Dänemark gilt und die das Übereinkommen ratifiziert haben, ab dem Tag, an dem der Beschluss zur Aufhebung der Ausnahmeregelung bzw. Befreiung wirksam wird, es sei denn, die betreffende Vertragspartei erklärt, dass sie zu einem früheren Zeitpunkt an alle oder einige Bestimmungen der Titel III und IV dieses Übereinkommens gebunden sein will.

DRAFT

INTERNATIONAL AGREEMENT ON A REINFORCED ECONOMIC UNION

THE CONTRACTING PARTIES.....

CONSCIOUS of the obligation of the Contracting Parties, as Member States of the European Union, to regard their economic policies as a matter of common concern,

DESIRING to promote conditions for stronger economic growth in the European Union and, to that end, to develop ever-closer coordination of economic policies within the euro area,

BEARING IN MIND that the coordination of the economic policies of the Contracting Parties, as Member States of the European Union, is based on the objective of sound and sustainable government finances as a means of strengthening the conditions for price stability and for strong sustainable growth underpinned by financial stability, thereby supporting the achievement of the Union's objectives for sustainable growth and employment,

BEARING IN MIND that the need for governments to prevent a government deficit becoming excessive is of an essential importance to safeguard the stability of the euro area as a whole, and accordingly requires the introduction of specific rules to address this need, including the need to take necessary corrective action,

CONSCIOUS of the need to ensure that their deficits remain below 3 % of their gross domestic product at market prices and that government debt is below, or sufficiently declining towards, 60 % of their gross domestic product at market prices,

RECALLING that the Contracting Parties, as Member States of the European Union, should refrain from adopting any measure which could jeopardise the attainment of the Union's objectives in the framework of the economic union, notably the practice of accumulating debt outside the general government accounts,

BEARING IN MIND that the Heads of State or Government of the euro area Member States agreed on 9 December 2011 on a reinforced architecture for Economic and Monetary Union, building upon the European Treaties and facilitating the implementation of measures taken on the basis of Articles 121, 126 and 136 of the Treaty on the Functioning of the European Union,

BEARING IN MIND that the objective of the Heads of State or Government of the euro area Member States and of other Member States of the European Union remains to incorporate the provisions of this Agreement as soon as possible into the Treaties on which the European Union is founded,

TAKING NOTE, in this context, of the intention of the European Commission to present further legislative proposals within the framework of the Union Treaties regarding a mechanism of ex ante reporting of debt issuance plans of the Member States of the European Union, a procedure of economic partnership programmes detailing structural reforms for euro area Member States in excessive deficit procedure as well as a new coordination procedure at the level of the euro area for major economic policy reform plans,

TAKING NOTE that, when reviewing and monitoring the budgetary commitments under this Agreement, the European Commission will act within the framework of its powers as provided by the Treaty on the functioning of the European Union, in particular Articles 121, 126 and 136 thereof,

NOTING in particular that, for the application of the budgetary "Balanced Budget Rule" described in Article 3 of this Agreement, this monitoring will be made through the setting up of country specific reference values and of calendars of convergence, as appropriate, for each Contracting Party,

NOTING that compliance with the obligation to transpose the "Balanced Budget Rule" into national legal systems at constitutional or equivalent level should be subject to the jurisdiction of the Court of Justice of the European Union, in accordance with Article 273 of the Treaty on the Functioning of the European Union,

RECALLING the need to facilitate the adoption of measures under the excessive deficit procedure of the European Union for euro area Contracting Parties whose planned or actual government deficit to gross domestic product exceeds 3%, whilst strongly reinforcing the objective of that procedure, namely to encourage and, if necessary, compel the Member State concerned to reduce a deficit which might be identified,

RECALLING the need for those Contracting Parties whose government debt exceeds the 60 % reference value to reduce it at an average rate of one twentieth per year as a benchmark,

RECALLING the agreement of the Heads of State or Government of the euro area Member States on 26 October 2011 to improve the governance of the euro area, including the holding of at least two Euro Summit meetings per year, as well as the endorsement of the Euro Plus Pact by the Heads of State or Government of the euro area Member States and of other Member States of the European Union on 25 March 2011,

STRESSING the importance of the Treaty establishing the European Stability Mechanism as an element of a global strategy to strengthen the Economic and Monetary Union,

HAVE AGREED UPON the following provisions,

TITLE I

PURPOSE AND SCOPE

Article 1

1. By this Agreement, the Contracting Parties, which are Member States of the European Union, agree to strengthen their budgetary discipline and to reinforce their economic policy coordination and governance.
2. The provisions of this Agreement shall apply to the Contracting Parties whose currency is the euro. They may also apply to the other Contracting Parties, under the conditions set out in Article 14.

TITLE II

CONSISTENCY AND RELATIONSHIP WITH THE LAW OF THE UNION

Article 2

1. This Agreement shall be applied by the Contracting Parties in conformity with the Treaties on which the European Union is founded, in particular Article 4(3) of the Treaty on European Union, and with European Union law.
2. The provisions of this Agreement shall apply insofar as they are compatible with the Treaties on which the Union is founded and with European Union law. They shall not encroach upon the competences of the Union to act in the area of the economic union. In accordance with the case law of the Court of Justice of the European Union, European Union law has precedence over the provisions of this Agreement.

TITLE III

BUDGETARY DISCIPLINE

Article 3

1. The Contracting Parties shall apply the following rules, in addition to and without prejudice to the obligations derived from Union Law:

- a) Revenues and expenditures of the general government budgets shall be balanced or in surplus. The Contracting Parties may temporarily incur deficits only to take into account the budgetary impact of the economic cycle and, beyond such impact, in case of exceptional economic circumstances, or in periods of a severe economic downturn, provided that this does not endanger budgetary sustainability in medium term.
- b) The rule under point a) above shall be deemed to be respected if the annual structural deficit of the general government does not exceed a country-specific reference value, which ensures an adequate safety margin with respect to the 3 % reference value mentioned under Article 1 of the Protocol (No 12) on the excessive deficit procedure annexed to the Treaty on European Union and to the TFEU (hereinafter 'Protocol No 12') as well as rapid progress towards sustainability, also taking into account the budgetary impact of ageing. The Contracting Parties shall ensure convergence towards their respective country-specific reference value. As a rule, the country specific reference value shall not exceed 0.5 % of nominal GDP.
- c) Where the debt level is significantly below the 60 % reference value mentioned under Article 1 of Protocol No 12, the country-specific reference value for the annual structural net deficit may take a higher value than specified under point b).

2. The rules mentioned under paragraph 1 shall be introduced in national binding provisions of a constitutional or equivalent nature. The Contracting Parties shall in particular put in place a correction mechanism to be triggered automatically in the event of significant deviations from the reference value or the adjustment path towards it. This mechanism shall be defined at national level, on the basis of commonly agreed principles. It shall include the obligation of the Contracting Parties to present a programme to correct the deviations over a defined period of time. It shall fully respect responsibilities of national Parliaments.

3. For the purposes of this Article, definitions set out in Article 2 of Protocol No 12 shall apply. In addition, the following definitions shall apply:

- "annual structural deficit of the general government" means the annual cyclically-adjusted deficit net of one-off and temporary measures;
- "exceptional economic circumstances" means an unusual event outside the control of the Contracting Party concerned, which has a major impact on the financial position of the government.

Article 4

When the ratio of their government debt to gross domestic product exceeds the 60 % reference value mentioned under Article 1 of Protocol No 12, the Contracting Parties undertake to reduce it at an average rate of one twentieth per year as a benchmark.

Article 5

The Contracting Parties that are subject to an excessive deficit procedure under the Union Treaties shall put in place a budgetary and economic partnership programme with binding value including a detailed description of the structural reforms necessary to ensure an effectively durable correction of their excessive deficits. Such programmes shall be submitted to the European Commission and the Council.

Article 6

The Contracting Parties shall improve the reporting of their national debt issuance. For that purpose, they shall report ex-ante on their national debt issuance plans to the European Commission and the Council.

Article 7

While fully respecting the procedural requirements of the Union Treaties, the Contracting Parties whose currency is the euro undertake to support proposals or recommendations put forward by the European Commission where a Member State whose currency is the euro is recognised by the European Commission to be in breach of the 3 % ceiling in the framework of an excessive deficit procedure, unless a qualified majority of them is of another view. A qualified majority shall be defined by analogy with Article 238(3)(a) TFEU and with Article 3 of Protocol N° 36 to the EU Treaties on transitional provisions and without taking into account the position of the Contracting Party concerned.

Article 8

Any Contracting Party which considers that another Contracting Party has failed to comply with Article 3(2) may bring the matter before the Court of Justice of the European Union. The judgment of the Court of Justice of the European Union shall be binding on the parties in the procedure, which shall take the necessary measures to comply with the judgment within a period to be decided by said Court. The implementation of the rules put in place by the Contracting Parties to comply with Article 3(2) will be subject to the review of the national Courts of the Contracting Parties.

TITLE IV

ECONOMIC CONVERGENCE

Article 9

Without prejudice to the economic policy coordination as defined in the Treaty on the Functioning of the European Union, the Contracting Parties undertake to work jointly towards an economic policy fostering growth through enhanced convergence and competitiveness and improving the functioning of the Economic and Monetary Union. To this aim, they will take all necessary actions, including through the Euro Plus Pact.

Article 10

While fully respecting the procedural requirements of the Union Treaties, the Contracting Parties undertake to make recourse, whenever appropriate and necessary, to the enhanced cooperation on matters that are essential for the smooth functioning of the euro area, without undermining the internal market.

Article 11

With a view to benchmarking best practices, the Contracting Parties ensure that all major economic policy reforms that they plan to undertake will be discussed and coordinated among themselves. This coordination shall involve the institutions of the European Union as required by the law of the Union.

Article 12

Representatives of the Committees in charge of economy and finance within the Parliaments of the Contracting Parties will be invited to meet regularly to discuss in particular the conduct of economic and budgetary policies, in close association with representatives of the relevant Committee of the European Parliament.

TITLE V

EURO SUMMIT MEETINGS

Article 13

1. The Heads of State or Government of the Contracting Parties whose currency is the euro, (hereinafter "the euro area Heads of State or Government") and the president of the European Commission shall meet informally in Euro Summit meetings. The President of the European Central Bank shall be invited to take part in such meetings. The President of the Euro Summit shall be appointed by the euro area Heads of State or Government by simple majority at the same time the European Council elects its President and for the same term of office.
2. Euro Summit meetings shall take place, when necessary, and at least twice a year, to discuss questions related to the specific responsibilities those Member States share with regard to the single currency, other issues concerning the governance of the euro area and the rules that apply to it, and in particular strategic orientations for the conduct of economic policies and for improved competitiveness and increased convergence in the euro area.
3. Euro Summit meetings shall be prepared by the President of the Euro Summit, in close cooperation with the President of the European Commission, and by the Euro Group. The follow-up to the meetings shall be ensured in the same manner.
4. The President of the Euro Summit shall keep the other Member States of the European Union closely informed of the preparation and outcome of the Euro Summit meetings. The President will also inform the European Parliament of the outcome of the Euro Summit meetings.

TITLE VI

GENERAL AND FINAL PROVISIONS

Article 14

1. This Agreement shall be ratified by the Contracting Parties in accordance with their respective constitutional requirements. The instruments of ratification shall be deposited with the General Secretariat of the Council of the European Union.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the month following the deposit of the ninth instrument of ratification by a Contracting Party whose currency is the euro.

3. This Agreement shall apply as from the day of entry into force amongst the Contracting Parties whose currency is the euro and which have ratified it. It shall apply to the other Contracting Parties whose currency is the euro as from the first day of the month following the deposit of their respective instrument of ratification.

4. By derogation to Paragraph 3, Title V of this Agreement shall apply to all Contracting Parties whose currency is the euro as from the date of the entry into force of the Agreement.

5. This Agreement shall apply to the Contracting Parties with a derogation as defined in Article 139(1) of the Treaty on the Functioning of the European Union, or with an exemption as defined in Protocol No 16 on certain provisions related to Denmark annexed to the Union Treaties, which have ratified it, as from the day when the decision abrogating that derogation or exemption takes effect, unless the Contracting Party concerned declares its intention to be bound at an earlier date by all or part of the provisions in Titles III and IV of this Agreement.